



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

**14. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin: Dienstag, 20.01.2015
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Hans-Jürgen Schubert - Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN bis 18:55 Uhr
Herr Dr. Marek Lengen - SPD
Herr Jochen Mauritz - CDU
Frau Heidemarie Menorca - CDU
Frau Kerstin Metzner - SPD bis 17:50 Uhr
Herr Thomas Rathcke - FDP
Frau Ursula Wind-Olßon - CDU
Herr Frank Zahn - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Matthias Büenfeld - Die PARTEI-PIRATEN
Herr Carsten Grohmann - CDU Vertretung für:
Herrn Röttger, Paul-Gerhard

Herr Paul Kaitschick - CDU
Herr Hans-Jürgen Martens - DIE LINKE
Herr Christoph Otte - SPD
Herr Olaf Wegner - BfL

Verwaltung

Herr Senator Bernd Möller	Fachbereichsleitung
Frau Dr. Olga Koop	Fachbereichscontrolling
Frau Angela Neitzke	Fachbereichscontrolling
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Mischa Jelen	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Oliver Bäh	3.370 - Feuerwehr
Herr Klaus Breitrück	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Knut Sturm	3.820 - Stadtwald
Herr Peter Tengler	Personalrat Feuerwehr
Herr Jens Clasen	Personalrat Stadtwald
Frau Anne-Katrin Lorenzen	Stadtplanung
Herr Christian Stolte	Stadtplanung

Protokollführung

Herr Maik Schneider	Fachbereichsdienste
---------------------	---------------------

Gäste

Frau Elke Martens-Howe - AG "Ökologisch-nachhaltige Stadtentwicklung"	nur im öffentlichen Teil
--	--------------------------

Sonstige Personen

Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Werner Macziey - Seniorenbeirat	
Herr Hans-Dieter Schiller - Gemeinnütziger Kreisverband Lübeck der Gartenfreunde e.V.	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus-Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Heinz-Jürgen Riekhof - Forum für Migrantinnen und Migranten	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	entschuldigt
---------------------------------	--------------

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

- 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 16.12.2014**
- 4. Mitteilungen**
 - 4.1. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
 - 4.1.1. Ökologisch-nachhaltige städtebauliche Entwicklung
 - 4.2. Mitteilungen der Fachbereichsleitung**
 - 4.2.1. Mindestlohn im Taxigewerbe/Anpassungen der Taxitarife
 - 4.2.2. Rettungsdienst/Sana-Kliniken
 - 4.2.3. Situation Stadtteilbüros
 - 4.3. Beantwortung von Anfragen**
 - 4.3.1. Anfrage Herr Dr. Lengen - Entfernung umgestürzte Erle
 - 4.3.2. Anfrage Herr Dr. Lengen - Radweg Roeckstraße
 - 4.3.3. Anfrage Herr Martens - Baumfällungen Stadtwald
 - 4.4. Überweisungen aus der Bürgerschaft**
- 5. Anträge**
- 6. Vorlagen**
 - 6.1. Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013
Vorlage: VO/2014/01795
 - 6.2. Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012
Vorlage: VO/2014/01796
 - 6.3. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"
Vorlage: VO/2014/01797
 - 6.3.1. Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung:
"Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207
- 7. Berichte und Antworten**
- 8. Neue Anfragen und Verschiedenes**
 - 8.1. Anfrage Herr Dr. Lengen - elektromagnetische Felder durch Mobilfunksendeanlagen

Nichtöffentlicher Teil:

- 9. Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 16.12.2014**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Vorlagen**
- 12. Berichte und Antworten**
- 12.1. Oberbodenlager Travemünder Landstraße
- 13. Neue Anfragen und Verschiedenes**

Öffentlicher Teil:

- 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Schubert eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Möller teilt mit, dass er aus aktuellem Anlass noch zwei weitere Mitteilungen für den Ausschuss habe. Er schlägt vor, den TOP 4.2.2 vorzuziehen, da Herr Bäch zeitlich noch anderweitig gebunden sei.

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 4.1.1, 6.1, 6.2, 6.3 und 6.3.1 mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste sowie die gemeinsame Beratung der vorgenannten TOP, da diese im inhaltlichen Zusammenhang ständen.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag von Herrn Möller und Antrag von Herrn Schubert bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Die Beratung wird unter dem TOP 6.3.1 zusammengefasst.

Herr Schubert beantragt die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte.

Der Ausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Herr Schubert teilt mit, dass der Seniorenbeirat sein Interesse an der Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekundet habe. Da es keinen Beratungsbedarf zum TOP 9 der Tagesordnung gibt und zu den TOP 10, 11 und 13 nichts vorliegt, beantragt Herr Schubert die Teilnahme des Seniorenbeirats am nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Ausschuss stimmt der Teilnahme des Seniorenbeirats am nichtöffentlichen Teil bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 16.12.2014

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei **15** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 4.1.1 Ökologisch-nachhaltige städtebauliche Entwicklung (vorgezogen)

Siehe TOP 6.3.1.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Mindestlohn im Taxigewerbe/Anpassungen der Taxitarife

Herr Jelen teilt mit, dass ab dem 01.01.2015 der Mindestlohn auch für das Taxigewerbe gelte. In Lübeck sei Anfang des Jahres 2014 von Seiten des Taxigewerbes ein Antrag auf Erhöhung der Beförderungsentgelte für den Taxiverkehr gestellt worden. Als Begründung habe man die allgemeinen Preissteigerungen (u.a. Anschaffungs- und Reparaturkosten PKW, Versicherungen) und die bevorstehende Einführung des Mindestlohnes aufgeführt. Um sowohl die allgemeinen Preissteigerungen als auch die höheren Kosten durch den Mindestlohn abzudecken, sei eine stufenweise Erhöhung der Beförderungsentgelte vorgenommen worden.

Ob die Beförderungsentgelte ab dem 01.01.2015 angemessen seien, hänge u.a. vom Kundenverhalten ab. Hier seien noch keine Änderungen zu verzeichnen gewesen. Nach dem ersten Quartal werde es noch eine Auswertung geben.

Fragen der Herren Zahn (Taxigewerbe-Krankenkassen, Konsequenzen bei Verschlechterung der Kundenzahlen), Martens (Einhaltung Mindestlohn) und Grohmann (Online-Kfz-Abmeldung) beantwortet Herr Jelen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Rettungsdienst/Sana-Kliniken (vorgezogen)

Herr Möller teilt mit, dass nach dem Tod einer Schlaganfallpatientin von der Lübecker Berufsfeuerwehr Anzeige erstattet worden sei. Daraufhin sei von der Staatsanwaltschaft ein umfangreiches pathologisches Gutachten in Auftrag gegeben worden, welches nun vorliege. Die Gerichtsmediziner seien zu dem Schluss gekommen, dass eine Anzeige und nähere Überprüfung der Umstände durchaus ihre Berechtigung und rechtliche Grundlage hätte, allerdings auch lebenserhaltende Maßnahmen die Patientin nicht mehr gerettet hätten. Die Entscheidung des Notarztes zum Transport in die Klinik, als auch die Entscheidung der Klinik-Ärzte seien sachgerecht gewesen und das Verfahren ist eingestellt worden. Es habe dazu schon eine Presseanfrage gegeben, diese werde in Kürze abgearbeitet und auch den Ausschussmitgliedern mit dem dazugehörigen Telefonprotokoll zur Verfügung gestellt.¹ Er weist darauf hin, dass man sich untereinander kenne (Leitstelle und Kliniken) und ein familiärer Umgangston bei den Telefonaten herrsche. Dies werde aber zum Anlass genommen, weiter an der Optimierung der Kommunikation zwischen Rettungsdienst und Krankenhäusern zu arbeiten. Dies solle vor allem durch eine strengere Funkdisziplin und Sprachregelungen, die der Situation angemessen seien, erfolgen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

¹ Anlage 1 - Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

zu 4.2.3 Situation Stadtteilbüros

Auf Nachfrage von Herrn Zahn zitiert Herr Möller die Bürgerschaftsbeschlüsse „Haushaltsbegleit-Beschluss der BÜ vom November 2013“ (VO/2013/01177 Haushaltsbegleitbeschluss

TOP 10.14 Haushaltssatzung 2014 mit Stellenplanänderungen 2014 (VO/2013/00991) und „Haushaltsbegleit-Beschluss der BÜ vom November 2014“ (VO/2014/02187 Antrag zu Top 10.17 VO/2014/ 01995-Haushaltssatzung 2015 mit Stellenplanänderungen 2015

-Haushaltsbegleitbeschluss-). Die Zustände seien keineswegs desaströs, sondern die Beschlüsse würden umgesetzt.

Es sprechen Frau Menorca und Herr Zahn. Die ganze Situation sei nicht zufriedenstellend. Ein Umzug hätte erst erfolgen sollen, sobald das Gebäude Meesenring dafür vorbereitet und umgebaut sei. Frau Neitzke erwidert, dass nach dem Beschluss zum Haushalt 2014 die Räume durch das Gebäudemanagement (GMHL) gekündigt worden seien, da man Kündigungsfristen einhalten müsse. Der Vermieter habe die Teilkündigung akzeptiert, damit sei die Kündigung zum 31.01.2015 wirksam geworden.

Zum Thema E-Government sprechen die Herren Rathcke und Büenfeld. Herr Möller merkt hierzu an, dass momentan geprüft werde, was technisch und gesetzlich umsetzbar sei, um den Onlineservice weiter zu optimieren. Dies könne dem Ausschuss in der Märzszung vorgestellt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

zu 4.3.1 Anfrage Herr Dr. Lengen - Entfernung umgestürzte Erle

Auszug Niederschrift 16.12.2014 TOP 9.1:

„Herr Dr. Lengen teilt mit, dass eine Erle beim Sturm im November 2013 auf gepachtetes Land gestürzt und seitdem nicht entfernt worden sei. Er fragt nach, wie geholfen werden könne.“

Herr Möller teilt mit, dass MitarbeiterInnen des Bereichs Stadtgrün und Verkehr am 08.01.2015 vor Ort gewesen seien. Man habe mit dem Pächter gesprochen und ihm zugesagt, die Kronenreste zu entfernen und den restlichen Baum zu fällen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.2 Anfrage Herr Dr. Lengen - Radweg Roeckstraße

Auszug Niederschrift 16.12.2014 TOP 9.2:

„Herr Dr. Lengen berichtet über ein Schreiben an die Lübecker Fraktionen. Demnach werde im Zuge der Sanierung des Radwegs in der Roeckstraße befürchtet, dass durch eine Tieferlegung des Radwegs auf das Niveau des Fußwegs das Wurzelwerk und damit verbunden der Baumbestand in Mitleidenschaft gezogen würde.“

Herr Möller zitiert die Antwort des Bereichs 5.610:

„Zur Sanierung bzw. Verlegung des Radweges in der Roeckstraße gibt es erst einige Vorüberlegungen, nachdem der Bestand des Straßenraumes und der Bäume erfasst wurde.“

Die Planung zur Verbesserung der Radverkehrsführung wird im nächsten Jahr erarbeitet werden. Um für die Maßnahme eine Förderung zu erhalten, muss eine Fördervoranfrage bis August 2015 gestellt werden, der Baubeginn ist dann in 2016 möglich. Die Planung wird mit dem Bereich Stadtgrün und Verkehr abgestimmt werden, um möglichst baumschonend vorgehen zu können. Der Bereich Naturschutz wird ebenfalls einbezogen werden.“

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3.3 Anfrage Herr Martens - Baumfällungen Stadtwald

Auszug Niederschrift 16.12.2014 TOP 9.3:

„Herr Martens fragt nach, ob Baumfällungen im Stadtwald vorher bekanntgegeben bzw. die Naturkindergärten darüber in Kenntnis gesetzt werden könnten. Herr Senator Möller merkt an, dass der Stadtwald im regelmäßigen Kontakt mit den Naturkindergärten stehe und sicherlich auch auf Baumfällungen aufmerksam mache.“

Herr Sturm bestätigt die Aussage von Herrn Möller aus der letzten Sitzung. Sobald Baumfällungen anstehen würden, unterrichte man auch die Naturkindergärten. Auch bei drohenden Unwettern werde eine Warnung ausgesprochen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 Vorlage: VO/2014/01795 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

1. *Das Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013 wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Wohnungsmarktentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.*

Siehe TOP 6.3.1.

zu 6.2 Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012
Vorlage: VO/2014/01796 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

1. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die im Konzept aufgeführten Leitziele und Handlungsfelder bilden den Rahmen der zukünftigen Gewerbeflächenentwicklung in Lübeck bis zum Jahr 2025. Sie sind in der Begründung aufgeführt.

Siehe TOP 6.3.1.

zu 6.3 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030"
Vorlage: VO/2014/01797 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag

1. Das Konzept „Lübeck 2030“ wird als Grundlage für die Wohnbau- und Gewerbeflächenentwicklung und die daraus folgende städtische Bauleitplanung sowie für die Fortschreibung des Gesamtlandschaftsplanes beschlossen. Dies beinhaltet:
 - a. Die Suchräume für Wohnbau- und Gewerbeflächen der Kategorien 1 und 2 werden von weiteren konkurrierenden Nutzungen freigehalten. Bestehende Nutzungskonkurrenzen werden langfristig abgebaut.
 - b. Die in der Kategorie 3 vorgesehenen Suchräume werden langfristig nicht als Siedlungsflächen, sondern als Freiraum entwickelt.
 - c. Die Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbegebiete erfolgt nach Prinzipien der Nachhaltigkeit. Maßnahmen der Innenentwicklung sollen die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich und als Wald genutzten Flächen auf das notwendige Maß begrenzen.
2. Der Flächennutzungsplan der Hansestadt Lübeck von 1989/90 wird fortgeschrieben.

Siehe TOP 6.3.1.

zu 6.3.1 Antrag zu TOP 7.3 - VO/2014/01797 Zukunftsorientierte Stadtentwicklung: "Lübeck 2030" Vorlage: VO/2014/02207 (vorgezogen)

Die Konzepte "Zukunftsorientierte Stadtentwicklung 'Lübeck 2030'", "Gewerbeflächenentwicklungskonzept Lübeck 2012" sowie "Wohnungsmarktkonzept Lübeck 2013" werden als vorbereitende Arbeiten zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans begrüßt und als Berichte ohne Bindungswirkung zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept "Lübeck 2030" anhand des Prüfkatalogs der "Arbeitsgruppe Nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunftswerkstatt 'Ein leises und Klimafreundliches Lübeck'" sowie der Nachhaltigkeitskriterien der Bundesregierung zu überarbeiten und um eine Darstellung des Flächenbedarfs für die Hafententwicklung zu ergänzen. Das überarbeitete und ergänzte Konzept "Lübeck 2030" wird den Gremien erneut zur Beratung vorgelegt und fließt in die förmlichen Verfahren (Prüfungen,

Bürgerbeteiligungen, etc.) zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans ein.

(Gemeinsame Beratung der TOP 4.1.1, 6.1, 6.2, 6.3 und 6.3.1; siehe TOP 2)

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Martens-Howe und Herrn Clement, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Frau Martens-Howe und Herr Clement berichten, dass im Rahmen der Zukunftswerkstatt „Ein leises und klimafreundliches Lübeck“ 2013 das von Bürgern und Bürgerinnen initiierte Projekt „Klimafreundliche Stadtentwicklung“ entstand. Eine Arbeitsgruppe aus BürgerInnen habe sich zum Ziel gesetzt, einen Prüfkatalog zu erarbeiten, mit Hilfe dessen stadtplanerische und städtebauliche Projekte in der Hansestadt Lübeck frühzeitig auf Klimafreundlichkeit, Zukunftsfähigkeit und damit auf eine Optimierung der Lebensqualität abgeprüft werden könnten. Mit diesem Katalog würden vorerst nur die ökologischen Gesichtspunkte abgeprüft. Als sinnvoll werde eine Anwendung des Prüfkatalogs für jedes Bauvorhaben erachtet. Mit dem Prüfkatalog habe man die Vorlage "Lübeck 2030" ausgewertet und weiche teilweise von den Ergebnissen der Stadtplanung ab.

Fragen der Ausschussmitglieder Schubert, Mählenhoff, Martens und Otte zu einzelnen Prüfpunkten beantwortet Frau Martens-Howe.

Im Ausschuss werden die Konzepte, schwerpunktmäßig „Lübeck 2030“, kontrovers diskutiert. An der Beratung beteiligen sich die Herren Dr. Lengen, Rathcke, Martens, Schubert sowie die Damen Mählenhoff, Metzner, Menorca und Wind-Olßon. Im Kern der Beratung geht es dabei um diverse Kleingartenflächen und die Sorge, sich mit einem Beschluss auf lange Zeit fest binden zu müssen.

Einzelne Kritikpunkte des Prüfkatalogs werden durch Herrn Stolte und Frau Lorenzen widerlegt. Sie machen darauf aufmerksam, dass der Prüfkatalog nur ökologische Dinge betrachte. Seitens der Stadtplanung müssten außer den ökologischen Aspekten zusätzlich noch die ökonomischen und sozialen Belange gegeneinander abgewogen werden. Daher komme man zu einem anderen Ergebnis als der Prüfkatalog.

Frau Metzner verlässt gegen 17:50 Uhr die Sitzung.

Herr Schubert beantragt das Anhörungsrecht für Frau Dowideit, welches der Ausschuss einstimmig beschließt.

Laut Frau Dowideit sollten auch die Belange der Bundespolizei berücksichtigt werden. So werde in der Vorlage auch die Teerhofinsel aufgeführt, diese stehe laut Aussage der Bundespolizei nicht zur Verfügung.

Abschließend machen die Herren Möller, Breitrück, Stolte sowie Frau Lorenzen darauf aufmerksam, dass die konstruktiven Diskussionsbeiträge nicht zu einer Überarbeitung von „Lübeck 2030“ führen würden. Es sollten konkrete Anträge gestellt und darüber abgestimmt werden, um diese ggf. in die Vorlage einfließen zu lassen. Des Weiteren sei „Lübeck 2030“ kein starres Instrument, sondern könne auch künftig, die jeweiligen Anträge und Beschlüsse vorausgesetzt, den Gegebenheiten angepasst werden. Die Sorge, sich auf einen langen Zeitraum unabänderlich festzulegen, sei also unbegründet.

Herr Schubert beantragt die Vertagung der TOP 6.1, 6.2, 6.3 und 6.3.1.

Der Ausschuss stimmt der Vertagung der genannten TOP bei **14** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

zu 7 **Berichte und Antworten**

Es liegt nichts vor.

zu 8 **Neue Anfragen und Verschiedenes**

zu 8.1 **Anfrage Herr Dr. Lengen - elektromagnetische Felder durch Mobilfunksendeanlagen**

Herr Dr. Lengen reicht eine schriftliche Anfrage bzgl. elektromagnetischer Felder durch Mobilfunksendeanlagen ein.²

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:40 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

Öffentlicher Teil:

zu 14 **Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Herr Schubert stellt gegen 19:08 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst worden seien. Herr Schubert schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Lübeck, den 22. Januar 2015

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider
Protokollführung

² Anlage 2